Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 2054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolfing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniederjöns. — Dingden: K. Mümken.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postversandort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.— ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für die einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 19 Pfg. Für den allgemeinen (Text-) Teil gelten besondere Tarife.

Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 52 | Montag, den 22. Februar 1932 | Jahrgang 1932

Tagesfragen.

Der Volkstrauertag. Gestern hatten überall im Lande die öffentlichen Gebäude halbmast geflaggt. Reich, Staat und Gemeinde nahmen in dieser Weise, neben der Beteiligung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung an der schon in den letzten Jahren vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranstalteten Gefallenen-Gedenkfeier im Reichstag, an dem Volkstrauertag teil. Wer auch heute noch leichthin durch die sorgenvolle Zeit schreitet, dem riefen die halbmast gehißten Flaggen ein deutliches Memento zu. Wer zu dem Chor der Schimpfenden gehört und den Ursprung des heutigen wirtschaftlichen und sozialen Elends im „System" anstatt in den furchtbaren, zerstörungsreichen Jahren des verlorenen Weltkriegs erblickt, den mußten diese Flaggen daran erinnern, daß Deutschland eine Zeit durchgemacht hat, die weit leidvoller war und ganz andere Opfer forderte als die heutige, Opfer von Millionen bester deutscher Männer, Hekatomben von Helden, von Gatten und Vätern, von Söhnen und Brüdern. Den Vielen, Allzuvielen aber, deren Lebensglück und Hoffnung auf den Kriegsschauplätzen im Westen und Osten, im Süden oder auf hoher See ins Massengrab sank, wurde endlich die Genugtuung zuteil, daß das ganze Volk an einem gemeinsamen Trauertage sich derer erinnert, die ihr Blut fürs Vaterland gelassen haben, daß das Gedenken an diese nicht mehr bloß eine Angelegenheit verhältnismäßig weniger Menschen ist, die an den schon immer veranstalteten Gedenkfeiern teilnahmen oder still der Gefallenen aus ihrer Familie gedachten, sondern durch endliche Ueberwindung der Bedenken parteipolitischer Regierungsbürokratie eine Angelegenheit des Staates und dadurch des ganzen Volkes geworden ist. Der Leser weiß, daß wir uns schon seit Jahren für die behördliche Teilnahme an dem Volkstrauertag eingesetzt und dabei auch Einwendungen, die auf die kirchlichen Totengedächtnistage, Allerseelen und Totensonntag, abgelehnt haben, weil ja diesen beiden Tagen dadurch nichts genommen wird, wenn daneben das ganze Volk am Sonntag Reminiscere sich seiner toten Helden und der ungeheuren Blutopfer erinnert, die es 1914 bis 1918 gebracht hat. Wir haben es schon dieser Tage begrüßt, daß der verdienstvolle Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge sich endlich bei der Regierung mit seinen Bemühungen um diesen Gedächtnistag durchgesetzt hat, und sind gewiß, daß nunmehr dieser Tag samt der behördlichen Beteiligung an ihm eine Einrichtung ist, die aus dem deutschen Kalender nicht mehr verschwindet, solange noch die Erinnerung an den mörderischsten aller Kriege in des Volkes Erinnerung haftet.

*

Stresemanns Vermächtnis. Stresemanns Erinnerungen werden jetzt der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht. Der frühe Tod, der seinem Leben ein Ende setzte, ehe er und wir anderen damit rechneten, hat es ihm unmöglich gemacht, den Plan selber durchzuführen, den er in Verhandlungen mit dem Verlag Ullstein festgelegt hatte. Er ging von hinnen, bevor er die Hand an das eigentliche Werk legen konnte. Aber die Unterlagen dafür hat er systematisch gesammelt und dadurch seinem langjährigen Privatsekretär Konsul Henry Bernhard die Möglichkeit gegeben, sein eigenes Vorhaben durchzuführen. „Gustav Stresemanns Vermächtnis" ist der Titel der auf drei Bände angelegten Veröffentlichung, deren erster jetzt erscheint. Die Bedeutung, die Stresemann als Abgeordneter, Parteiführer und Reichsaußenminister in der deutschen Politik und in der Politik Europas gehabt hat, rechtfertigt einen Hinweis auf diese Hinterlassenschaft. Ein kritisches Eingehen auf das Wert, das auch in fremden Sprachen erscheinen soll, wird in absehbarer Zeit folgen.

Kabinett Tardieu auf der Grundlage des Kabinetts Laval.

Laval als Arbeitsminister.

× **Paris**, 21. Februar.

André Tardieu, der Kriegsminister des zurückgetretenen Kabinetts Laval, der gestern nachmittag ins Elysee gerufen wurde und vom Präsidenten der Republik den Auftrag zur Kabinettsbildung erhielt, ist es gelungen, diesen Auftrag durchzuführen. Kurz nach Mitternacht hatte er sein aus dreizehn Ministern und sieben Staatssekretären bestehendes Kabinett fertig. Es unterscheidet sich in der parteipolitischen Struktur seiner Zusammensetzung kaum von dem Kabinett Laval. Die radikalen Fraktionen in Kammer und Senat lehnten für ihre Mitglieder die Beteiligung an dem Kabinett ab. Laval, der unter Painlevé durchaus das Außenministerium beibehalten wollte, erklärte sich zur Uebernahme eines Fachministeriums bereit, so daß Tardieu, wie er von vornherein wollte, neben dem Ministerpräsidium auch das Außenministerium übernehmen konnte. Die Verteilung der Ressorts ist folgende:

Ministerpräsidium und Auswärtige Angelegenheiten: Tardieu,
Justizministerium und Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen: Reynaud,
Inneres: Mahiey,
Finanzen: Flandin,
Nationale Verteidigung: Pietri,
Oeffentlicher Unterricht: Mario Roustan,
Pensionen und befreite Gebiete: Champetier de Ribes,
Arbeit: Laval,
Oeffentliche Gesundheitspflege: Blaisot,
Oeffentliche Arbeiten, Verkehrswesen und Handelsmarine: Guernier,
Landwirtschaft: Dr. Chauveau,
Handel, Post- und Telegraphenverwaltung: Rollin,
Kolonien: De Chappedelaine.

Das Kabinett zählt sieben Mitglieder weniger als das vorausgegangene Kabinett. Das Budgetministerium ist mit dem Finanzministerium, das Ministerium für Handelsmarine und Handelsluftfahrt mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Post- und Telegraphenministerium mit dem Ministerium für Handel vereinigt worden. Neugeschaffen wurde das Ministerium für nationale Verteidigung, das die bisherigen Ministerien für Heereswesen, Kriegsmarine und Militärluftfahrt vereinigt.

Um 12,30 Uhr Pariser Zeit hat André Tardieu sich ins Elysé begeben, um dem Präsidenten der Republik die Liste seines neugebildeten Ministeriums vorzulegen. Es zählt vier Senatoren und 15 Abgeordnete zu seinen Mitgliedern.

Dem neuen Kabinett gehören u. a. an: ein Sozialrepublikaner und ein Unabhängiger, drei Mitglieder der radikalen Linken, sechs Linksrepublikaner, zwei Mitglieder der Fraktion Franklin Bouillon, ein katholischer Demokrat, zwei Mitglieder der demokratischen sozialen Aktion (Fraktion Maginot) und zwei Mitglieder der demokratisch-republikanischen Union (Fraktion Marin).

Das neue Kabinett tritt am Dienstag vor das Parlament. Tardieu beabsichtigt, am kommenden Mittwoch nach Genf abzureisen, um die Führung der französischen Delegation auf der Abrüstungskommission wieder zu übernehmen.

Tardieu erklärte dem „Matin", daß die neue Delegation für die Abrüstungskonferenz durch ein Dekret eingesetzt werde. Sie werde nicht wesentlich von der alten Delegation abweichen. Paul Boncour werde der Delegation angehören.

*

Das neue Kabinett im Spiegel der Pariser Presse.

× **Paris**, 21. Februar.

Das Kabinett Tardieu wird von der Presse der Mehrheit und von den großen Nachrichtenblättern mit Freuden begrüßt. Ein Teil der linksstehenden Presse nimmt das Ministerium Tardieu mit Resignation auf. Einige radikale Blätter, sowie vor allem auch der sozialistische „Populaire" erklären jedoch, daß es sich um ein Kampfkabinett handele und daß die Mehrheit des Senats dieses Ministerium als Herausforderung deuten müsse. Der Kampf der Opposition gegen das Kabinett gehe fort. „Oeuvre" erklärt, wenn man etwa meinen wollte, daß die Angelegenheit nun erledigt sei, dann täusche man sich. Die „Republique" Daladiers schreibt: Die Rechte erklärt dem Senat den Krieg. Der Senat werde die Herausforderung annehmen. Der sozialistische „Populaire" schreibt: Die Sozialisten werden den Kampf bereits am Dienstag in der Kammer aufnehmen. Tardieu personifiziere die Politik der schlimmsten und brutalsten Reaktion. Der Senat habe Laval-Tardieu gestürzt, Doumer schicke ihm ein Kabinett Tardieu-Laval zurück. Der Senat müsse das für einen schlechten Scherz halten.

Die Urteile der Rechtspresse über das Kabinett Tardieu faßt „Ordre" wie folgt zusammen: Das neue Ministerium ist aus den gleichen politischen Elementen gebildet wie das Ministerium, dessen Sturz vom Lande bedauert wurde; das Kabinett Tardieu war die einzig vernünftige Lösung. Tardieu hat jetzt freie Bahn. Er kann durchführen, was er will; hoffentlich will er auch, was er kann. „Echo de Paris" urteilt: Das Land atmet auf. Die Coty-Presse ist mit dem Minister für nationale Verteidigung, Pietri, nicht zufrieden. Sie hätte eine „starke Faust" gewünscht.

*

Keine außenpolitische Aenderung.

)(**Paris**, 21. Februar.

Die Bildung des dritten Kabinetts Tardieu stand in dem Augenblick fest, in dem Tardieu selbst die Führung derer übernommen hatte, die ein Ministerium Painlevé dadurch zu sabotieren gedachten, daß sie ihm das Triumvirat Laval-Tardieu-Reynaud aufzwingen wollten.

Tardieu geht wieder nach Genf als erster Delegierter zur Abrüstungskonferenz. Das beweist, zumal er das Außenministerium übernimmt, daß sich außenpolitisch nichts ändern wird und daß in der Reparationsfrage ein Frontwechsel vorläufig nicht zu erwarten ist.

Die ernstlichen Bemühungen des Präsidenten der Republik um eine Entspannung haben, wenn nicht alles trügt, dazu geführt, daß der Riß zwischen links und rechts statt verkleinert, noch vergrößert worden ist.

Die Gedenkfeier im Reichstag

In Anwesenheit des Reichspräsidenten und Reichskanzlers.

Berlin, 21. Februar.

Die Gedenkfeier des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, an der Reichspräsident v. Hindenburg und Vertreter fast aller Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden teilnahmen, fand auch in diesem Jahre wieder im Reichstag statt. Der große Saal war schwarz drapiert. In der Mitte, hinter dem Präsidentenplatz, der mit Blumen geschmückt war, ragten die fünf Kreuze, das Wahrzeichen des Volksbundes, empor. Daneben leuchteten zu beiden Seiten riesige Kerzen. Silberne Kränze hoben sich, strahlend im Lichterschein, von dem schwarzen Hintergrund ab.

Pünktlich um 12 Uhr betrat Reichspräsident v. Hindenburg die Ehrenloge, begleitet vom Staatssekretär Dr. Meißner und seinem Adjutanten Oberst v. Hindenburg. Er nahm mit dem Reichswehrminister Dr. Groener, dem Chef der Heeresleitung, General v. Hammerstein, und dem Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, Platz, begrüßt von der sich erhebenden Menge. Auf den Regierungsplätzen sah man Reichskanzler Dr. Brüning, die Minister Schiele, Dr. Joel und Treviranus, die Staatssekretäre Pünder und Zweigert, Reichspressechef Ministerialdirektor Dr. Zechlin, Oberbürgermeister Dr. Sahm, Vertreter der Geistlichkeit und der Hochschulen.

Um die Rednertribüne und an den Seiten des Sitzungssaales hatten die Vertreter der akademischen Jugend von 116 studentischen Verbindungen Aufstellung genommen, desgleichen eine Abordnung des Reichsheeres mit den Fahnen der alten Berliner Regimenter.

Die Feier begann weihevoll. Musikalische und gesangliche Darbietungen des Kosleckschen Bläserbundes und der Berliner Liedertafel umrahmten die Gedenkansprache des evangelischen Feldpropstes des Heeres und der Marine, Dr. Schlegel. Der Redner führte u. a. aus, daß die Todesopfer unserer gefallenen Brüder eingeströmt seien in die Geschichte unseres Volkes. Mit Ernst und Hingabe müßten wir erfahren, was einst geschah und was heute geschehen müsse. Die schicksalsschwere Zeit, die wir jetzt durchleiden, hätten wir kommenden Geschlechtern gegenüber zu verantworten. Der Opfertod unserer gefallenen Helden ermahne uns, der Not der Zeit entgegenzutreten in festem Glauben an die sittlichen Kräfte unseres Volkes. Unser sei die Hoffnung, daß das Kreuz uns in die Höhe führe. Ein freier Deutscher, so schloß der Redner, kennt kein kaltes Müssen. Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen. Das Lied vom guten Kameraden und der gemeinsame Gesang des Deutschland-Liedes beendeten die stimmungsvolle Stunde.

Nach dumpfem Trommelwirbel eines Tambourkorps spielte die Musik, während die Fahnen sich senkten und tausend Männer und Frauen sich in stillem Gedenken von ihren Plätzen erhoben, die erste Strophe des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden". Der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes bildete den Ausklang der Feierstunde.

Schon lange vor Beginn und während der Feier hatten sich am Platz der Republik trotz der bitteren Kälte mehrere tausend Personen um das Bismarck-Denkmal gruppiert, um den Reichspräsidenten zu begrüßen. Entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, die Freitreppe zum Platz der Republik hinabzuschreiten, verließ der Reichspräsident diesmal durch das Spalier der Studenten das Reichstagsgebäude durch ein Seitenportal. Er begab sich unter den begeisterten Hochrufen der versammelten Menge zu Fuß zu der vor dem Hauptportal aufgestellten Ehrenwache, die aus der 4. Wachtkompagnie des Regiments 14 bestand und schritt, begleitet von dem Reichswehrminister Dr. Groener, seinem Adjutanten, Oberst v. Hindenburg, und mehreren hohen Offizieren, die Front ab. Unter abermaligen lebhaften Ovationen der Zuschauer kehrte der Reichspräsident nach seinem Palais zurück.

Neben der Gedenkstunde im Reichstag fanden heute in ganz Berlin wie auch in den andern deutschen Gemeinden jeder Größe zahlreiche Gedenkfeiern statt.

*

Gefallenenfeier in Genf.

× **Genf**, 21. Februar.

Zu einer schlichten Gedenkstunde für die Gefallenen des Weltkrieges hatte sich heute die deutsche Kolonie am deutschen Heldendenkmal auf dem Friedhof St. George um den deutschen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, versammelt. Der Botschafter legte im Namen der Reichsregierung einen Kranz am Denkmal nieder und gedachte in einer Ansprache, die auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck machte, der deutschen Helden, die für die Verteidigung des Vaterlandes ihr Leben geopfert haben.

Biersteuersenkung ab 1. April.

Bierpreissenkung bleibt bestehen.

:: **Berlin**, 20. Februar.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Verordnung über die Bierpreissenkung bleibt bestehen und wird durchgeführt, und zwar nach Maßgabe der vom Preiskommissar erlassenen Ergänzungsverordnung, wonach die örtlichen Behörden Härten ausgleichen können.

Die Reichsregierung hält jedoch, wie sie das bereits auf die Anfrage des Abgeordneten Mumm u. Gen. zum Ausdruck gebracht hat, im Gesamtrahmen des Bierpreisproblems auch die Inangriffnahme des Getränkebesteuerungssystems für nötig. Denn die Finanzlage erfordert es, daß das Bier unter allen Umständen das aufbringt, was bisher in den Haushalten dafür angesetzt war. Diese Ansätze würden aber nicht erreicht werden, wenn die Besteuerung in ihrer bisherigen Höhe, die übrigens bei der gegenwärtigen Kaufkraftlage der Bevölkerung auch wirtschaftlich und steuerlich nachteilige Wirkungen für das Gastwirtsgewerbe, die Brauereien und die mit dem Braugewerbe zusammenhängenden Gewerbe hat, jetzt bestehen bliebe.

Aus diesem Grunde ist spätestens zum 1. April 1932 eine entsprechende Biersteuersenkung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

*

Bierstreik für das ganze Reich angedroht.

:: **Berlin**, 20. Februar.

Nachdem die am Samstag im Reichsfinanzministerium und im Reichswirtschaftsministerium geführten Verhandlungen über die von den Gastwirtsorganisationen geforderte Getränkesteuerermäßigung ergebnislos verlaufen waren, wurde am Sonntag vormittag in einer Versammlung von Vertrauensleuten sämtlicher Gastwirtsverbände erneut die Lage beraten. Mit einer Mehrheit von 75 v. H. wurde beschlossen, den Bierstreik am Donnerstag früh beginnen zu lassen, wenn die Verhandlungen, die noch mit dem Preiskommissar geführt werden sollen, ebenfalls zu keinem Ergebnis führen würden. Ein solcher Beschluß würde für das gesamte Gastwirtsgewerbe im Reich Geltung haben. (?)

Im Gegensatz hierzu steht, daß nach Ansicht des Deutschen Gastwirtsverbandes, dessen Präsident Köster die Verhandlungen mit dem Reichskabinett und den Ministerien geführt hat, die offizielle Erklärung der Regierung einem Bierstreik in Berlin und im Reich die Grundlage entzogen hat.

Im Uebrigen dürften durch die Entscheidung der Biersteuerfrage die Hoffnungen der rechtsradikalen Opposition zunichte gemacht sein, die wirtschaftsparteiliche Fraktion könnte um eines ungelösten „Bierkonflikts" willen dem Kabinett Brüning die parlamentarische Unterstützung versagen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich über die politische Lage.

)(**Berlin**, 21. Februar.

Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei trat heute zu einer Beratung über die politische Lage zusammen. Das Hauptreferat hielt Reichsfinanzminister Dietrich. Bei der Erörterung der gegenwärtigen politischen Lage wies der Minister darauf hin, daß es das A und O der deutschen Politik sein müsse, den Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit zu geben und die 3,3 Milliarden nach Möglichkeit nutzbringend zu verwenden, die wir jetzt für Arbeitslosenunterstützung im Jahre zahlen müßten. Bei der Erörterung der Finanzlage in Reich, Ländern und Gemeinden sagte der Reichsfinanzminister, es müsse damit gerechnet werden, daß die Bierproduktion von 55 Millionen Hektoliter auf 30 Millionen Hektoliter

linke; beim Branntwein sei zu befürchten, daß der Verbrauch unter ein Fünftel des früheren Branntweinverbrauches herabsinken werde. So bedauerlich vom Standpunkt des Konsumenten die durch den Butterzoll eingetretene Verteuerung sei, so mußte auf der anderen Seite etwas geschehen für die bäuerliche Veredelungswirtschaft. Bei den handelspolitischen Erörterungen müsse bedacht werden, daß sich überall bei allen Ländern die Tendenz zur Abgrenzung und Einengung zeige. Wie Deutschland bei einer solchen Politik auch noch Reparationszahlungen leisten soll, bleibe unerfindlich. Wenn die Konferenz von Lausanne einen Sinn hat, so werde sich zeigen, daß es Deutschland nicht am Zahlungswillen fehle, sondern daß die Gläubigermächte systematisch unsere Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt hätten. Daß Deutschland nach dem 1. Juli nichts zahlen könnte, darüber seien sich die Gelehrten einig.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich spricht am Montag um 19,10 Uhr über alle deutschen Sender über die Reorganisation der deutschen Großbanken.

Gegen das Gerede der „schwarz-roten" Hindenburg-Kandidatur.

Ein Aufruf des Grafen Westarp.

× **Berlin**, 20. Februar.

In den allernächsten Tagen wird zugunsten der Wahl Hindenburgs ein Aufruf erscheinen, durch den zahlreiche Persönlichkeiten aus den Kreisen der Wählerschaft von 1925 zum Ausdruck bringen wollen, daß sie nach wie vor zu Hindenburg stehen, und daß dessen Aufstellung keineswegs eine Angelegenheit der „schwarz-roten" Parteien ist. Der Aufruf wird ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit Unterschriften aus allen Teilen des Landes tragen, die Graf Westarp gesammelt hat, namentlich auch von höheren Offizieren, Geistlichen, führenden Männern des geistigen und wirtschaftlichen Lebens, die es dringend gewünscht und begrüßt haben, Gelegenheit zur Stellungnahme für die Wahl Hindenburgs zu erhalten.

Der Adelsmarschall von Berg-Markienen ist als Vorsitzender der Deutschen Adelsgenossenschaft zurückgetreten, weil er den Zustand, der durch die Annahme der von ihm zunächst empfohlenen Kandidatur durch Hindenburg gegen rechts erfolgt sei, für „sehr unglücklich" hält.

Der „Vorwärts" schreibt zur Frage der Reichspräsidentenwahl: Die Sozialdemokratische Partei hat offiziell noch nicht Stellung genommen. Aber die Entscheidung, die sie zu fällen hat, ist nicht schwer. Wenn wir praktisch nur noch vor der Frage stehen, ob Hindenburg bleiben oder durch einen Mann der Harzburger Front ersetzt werden soll, dann müssen wir natürlich dafür sein, daß Hindenburg bleibt.

*

Kuratorium der Hindenburg-Ausschüsse.

× **Berlin**, 21. Februar.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt folgendes mit: Es hat sich ein Kuratorium der Hindenburg-Ausschüsse gebildet, dem folgende Persönlichkeiten angehören: Oberpräsident a. D. von Batocki-Königsberg i. Pr., Franz Behrens, Vorsitzender des Verbandes ländlicher Arbeitnehmer, Berlin, Robert Bosch-Stuttgart, Geheimrat Duisberg, Leverkusen, General der Infanterie a. D. von Eisenhart-Rothe, Berlin, Forstrat a. D. Escherich, München, Landrat a. D. Gereke, M. d. R., Oberbürgermeister Dr. Sahm, Berlin, Oberst a. D. Seißer, München, Reichsgerichtspräsident a. D. Simons, Berlin, Graf Westarp, M. d. R., Berlin, Freiherr von Wilmowski, Mariental, Generalmajor a. D. von Winterfeldt, Berlin. Das Kuratorium wird am Montag zusammentreten, um sich zu konstituieren und einen geschäftsführenden Ausschuß zu bestimmen, dem die Durchführung der Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg obliegt.

Die Schlacht bei Schanghai.

Noch kein Erfolg der Japaner.

◈ **Schanghai**, 21. Februar.

Die Europäer von Schanghai feierten den gestrigen Samstag wie üblich in Gaststätten, Nachtklubs und in Privathäusern, als wenn die Heere Japans und Chinas nicht den ganzen Tag in unmittelbarer Nähe der Stadt in blutigem Ringen miteinander kämpften. Trotz der den ganzen Tag andauernden Beschießung durch Kriegsschiffe und Landgeschütze, trotz der Bajonettangriffe und Nahkämpfe und trotz des roten Scheines am Himmel, der das brennende Dorf Kiangwan bezeichnet, sind die europäischen Einwohner von stoischem Gleichmut. Als die Nacht hereinbrach, wütete in dem dichtbevölkerten Dorf Kiangwan ein Riesenfeuer. Die Straßen von Schanghai wimmelten gestern von Flüchtlingen. Wie Ameisen strömten elende Menschen in jeden Dampfer, der die Werften verließ. Die in Eile organisierten Flüchtlingssammelpunkte konnten gegen Abend den ständigen Zustrom von Flüchtlingen kaum noch bewältigen. Dreitausend Chinesen waren allein im Gebäude der Continental-Bank untergebracht. Sie lagen auf dem Boden und saßen wie betäubt an den Wänden. In den überfüllten Räumen wurden während des Tages mehrere Kinder geboren. Ein nichtendender Strom von Flüchtlingen bewegt sich durch die Niederlassung. Von Zeit zu Zeit kehrten manche noch einmal in die Gefahrenzone zurück in der Hoffnung, ein erbärmliches Eigentumsstück mitzunehmen. Der nördliche Teil der internationalen Niederlassung ist jetzt völlig geräumt. Die chinesische Bevölkerung der Niederlassung kocht vor Erregung. Chinesische Kampfberichte werden fast stündlich veröffentlicht und von Tausenden gekauft. Sie enthalten die wildesten Gerüchte.

Inzwischen geht die japanische Offensive langsam und planmäßig weiter. Die japanischen Granaten schlagen jenseits von Kiangwan ein, und japanische Flugzeuge werfen über dem Kampfgebiet Bomben ab, die riesige Explosionen verursachen. Das sonnige, trockene Wetter ist dem japanischen Vorrücken günstig. Aber die Chinesen leisten heldenhaften Widerstand. Die Einnahme von Kiangwan, die von den Japanern gestern behauptet wurde, ist heute von ihnen selbst widerrufen worden. Im Laufe des Sonntags gelang es den Japanern, nur etwa 130 Meter vorzudringen, obwohl sie schwere Artillerie und Tanks eingesetzt hatten. Die Chinesen erlitten nur verhältnismäßig geringe Verluste, da die erste Grabenlinie nur schwach besetzt war.

Das Dorf Wusung steht in Flammen, die chinesische Flagge weht aber trotz der starken Beschießung durch die japanischen Land-, See- und Luftkräfte noch auf den Forts.

An der Tschapaifront, die in der Nähe der internationalen Konzession liegt, war es bis in die Spätabendstunden hinein ruhig. Eine unmittelbare Gefahr für die Bewohner der internationalen Niederlassung würde erst entstehen, wenn die Japaner nach einem Durchbruch bei Kiangwan gegen die bei Tschapai verschanzten Chinesen vorstoßen würden, da dann die Niederlassung in die japanische Feuerlinie kommen müßte.

Das Ziel der Japaner ist die Besetzung der Wusung-Bahnlinie zum Schutz ihres rechten Flügels. Von hier aus werden sie später einen Angriff gegen Tschapai unternehmen. Dadurch werden die Chinesen zwischen die japanische Frontlinie und den Sutschau gedrängt, dessen jenseitiges Ufer die Grenze der englisch-amerikanischen Konzession bildet und von amerikanischen und britischen Truppen besetzt ist.

Die britischen Militärbehörden betrachten den japanischen Angriffsplan mit Besorgnis, da er die britischen und amerikanischen Truppen in die nicht beneidenswerte Lage bringen kann, dauernd das blutige Schauspiel jenseits des Flusses vor Augen zu haben.

Das deutsche Generalkonsulat hat in sämtlichen Blättern eine Bekanntmachung veröffentlicht, wonach sich alle deutschen Staatsangehörigen unter Mitnahme des notwendigsten Gepäcks im deutschen Gemeindehaus zu versammeln hätten, falls eine Räumung bestimmter Stadtteile oder gar eine Räumung der ganzen internationalen Konzession notwendig werde.

*

Die Chinesen halten sich.

× **Schanghai**, 21. Februar.

Der Kampf um Schanghai ist am Sonntag wieder heftig entbrannt. In der Nacht zum Sonntag haben die Chinesen Kiangwan, die Schlüsselstellung im Norden Schanghais, zurückerobert. (Hiernach würde die erste japanische Meldung von der Einnahme des Dorfes doch gestimmt haben, aber sie haben offenbar nicht zugeben wollen, daß die Chinesen sie wieder hinausgeworfen haben. Die Red.) Die Japaner hielten lediglich den Rennplatz östlich und einige strategische Punkte. Kiangwan wurde den ganzen Sonntag über mit schwerem Geschütz beschossen. Jedoch hielten die Chinesen ihre Stellung. Die Japaner melden, daß das Bombardement gute Erfolge zeitigte, so daß die Aussichten auf einen Durchbruch sich verbessert hätten.

Während des Sonntags zogen die Japaner Truppen aus der Wusunggegend heran. Es wurde eine Armeegruppe gebildet, die den Befehl hat, durch Kiangwan und Tasang durchzustoßen. Eine zweite Gruppe setzte südlich von Kiangwan zum Vorstoß auf Tschenju an, wo sich das Hauptquartier des chinesischen Oberbefehlshabers befindet, ohne aber Fortschritte zu machen, obwohl hier Tanks Verwendung fanden. Bisher sind die Kämpfe an die Hauptverteidigungsstelle der Chinesen, die acht Kilometer westlich der Schanghai—Wusung-Bahn verläuft, noch nicht herangetragen worden.

Am Sonnabend gelang es den Japanern, den Wusung-Creek zu überschreiten. In der Nacht zum Sonntag setzten dort Gegenangriffe der Chinesen ein, die nach japanischen Mitteilungen nicht erfolgreich waren. Immerhin stellten die Japaner am Sonntag die Angriffe bei Wusung ein und beschränkten sich darauf, durch Kriegsschiffe und Flugzeuge die Wusung-Forts und die chinesischen Stellungen zu bombardieren.

*

Die Haltung Amerikas gegenüber Japan.

Bevorstehende amerikanische Erklärung zur Reparations- und Kriegsschuldenfrage.

Washington, 20. Februar.

Außer dem gestrigen gemeinsamen Schritt der Mächte einschließlich Amerikas in Schanghai sind, wie wir erfahren, weitere Aktionen von der amerikanischen Regierung zur Zeit nicht geplant. Man hat jedoch dem Gesandten sowie dem Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte vor Schanghai Vollmacht gegeben, in kritischen Fällen selbständig die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Volksstimmung in Amerika wird täglich einmütiger in der Verurteilung des japanischen Vorgehens. Jedoch besteht wenigstens gegenwärtig kein Wunsch, in einen Krieg wegen Schanghai verwickelt zu werden.

Andere außenpolitische Verwicklungen werden zurzeit durch die Vorgänge in China stark überschattet, ohne deswegen vom Staatsdepartement vernachlässigt zu werden. Man verfolgt die Abrüstungskonferenz in Genf sehr sorgfältig, und dem Vernehmen nach ist eine offizielle amerikanische Aeußerung zur Frage der Reparationen und Kriegsschulden in den nächsten Tagen zu erwarten. Ueber den Beitritt Amerikas zum Weltschiedsgericht wird sich der Senat in der nächsten Woche vermutlich ablehnend entscheiden. Bekanntlich ist Senator Borah ein scharfer Gegner der amerikanischen Beteiligung, solange der Versailler Vertrag nicht geändert ist, da das Weltschiedsgericht nur auf Grund bestehender Verträge entscheiden kann und Amerika nach seinem Beitritt gegebenenfalls den von ihm mißbilligten Friedensvertrag seiner Stellungnahme zugrundelegen müßte.

Das Verhältnis des Milchpreises zum Butterpreis.

× **Berlin**, 20. Februar.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist bei der Festsetzung des Milchhandelspreises für Vollmilch in Berlin durch den Oberpräsidenten auf 26 Rpf. für das Liter, der Kleinhandelspreis, der sich nach den Feststellungen der Preisnotierungskommission für Trinkmilch ergab, um 2 Rpf. gesenkt worden. Die Senkung betrifft die Handelsspanne einschließlich der molkereimäßigen Behandlung. Eine Herabsetzung des sich aus dem Verhältnis zum Butterpreis ergebenden Erzeugerpreises kommt nicht in Frage, da dies die Beschickung des Frischmilchmarktes nachteilig beeinflussen könnte, vor allem aber, weil bei der trostlosen Gesamtlage der Landwirtschaft, insbesondere der für die Milchversorgung Berlins überwiegend in Frage kommenden märkischen Landwirtschaft — wie sie in der großen Zahl von eingeleiteten Sicherungsverfahren auf Grund der Reichs-Osthilfe-Notverordnung zum Ausdruck kommt — die Milch als wesentliches die laufende Liquidität der Landwirtschaft herstellendes Produkt eine Preisgestaltung erfahren muß, die die fortlaufende Produktion an Milch sicherstellt. Im Durchschnitt hat heute noch der Erzeugerertrag den Vorkriegsertrag nicht erreicht. Der Milchpreis soll bei der festgesetzten Höhe möglichst stabil gehalten werden, da ein dauerndes Schwanken der Milchpreise als ein unerwünschter Zustand empfunden werden muß. Für den Fall des Absinkens des Butterpreises behält sich der Oberpräsident eine Nachprüfung seiner Preisfestsetzung vor.

Schwere politische Zusammenstöße bei Schweidnitz.

◈ **Schweidnitz**, 20. Februar.

Eine gestern abend in Saarau veranstaltete nationalistische Versammlung endigte mit einer Saalschlacht, bei der mehrere hundert Stühle und fast alle Tische demoliert wurden. Schon hier gab es mehrere Schwerverletzte. Die Tätlichkeiten setzten sich auf der Straße fort, wo auch geschossen wurde. Dabei wurde der Nationalsozialist Becker aus Kroischwitz, ein Mitglied der Jungmannschaft, getötet. Insgesamt sollen fünf Schüsse gefallen sein, von denen vier getroffen haben. Zwei Striegauer SA.-Leute wurden schwer verletzt in das Striegauer Krankenhaus eingeliefert. Ein schwerverletzter Reichsbannermann fand im Saarauer Krankenhaus Aufnahme. Die Unruhen dauerten die ganze Nacht an.

Nach dem amtlichen Bericht des Schweidnitzer Landratsamts wurden nach Auflösung der Saarauer Versammlung die Nationalsozialisten unterwegs von politischen Gegnern, nachdem diese zunächst von der Landjägerei abgedrängt worden waren, überfallen. Dabei wurde auch ein Schuß auf die begleitenden Landjägereibeamten abgegeben, der jedoch nicht traf. An der Wegkreuzung nach Konradswaldau entstand eine neue Schlägerei, ohne daß die Angreifer bisher ermittelt werden konnten. Die Polizei mußte Schüsse abgeben, aber auch von den Streitenden wurde geschossen und hierbei der S.A.-Mann Franz Becker aus Kroischwitz durch einen Kopfschuß so schwer getroffen, daß er kurz darauf starb. Ein Mitglied des Reichsbanners wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Außerdem gab es eine Anzahl Leichtverletzte. Die S.A.-Leute wurden nun von den Landjägereibeamten in ein Gasthaus gedrängt. Dort blieben sie, bis ein Kommando Schutzpolizei eingetroffen war, sie durchsucht und ihnen die vorhandenen Waffen abgenommen hatte. Die S.A.-Leute, die zum Teil auf einem Lastkraftwagen aus Schweidnitz, zum anderen Teil in Omnibussen aus Striegau gekommen waren, wurden dann nach ihren Heimatorten abgeschoben.

*

Weitere fünf Nationalsozialisten in Nürnberg verhaftet.

= **Nürnberg**, 20. Febr. Im Zusammenhang mit dem gestrigen Ueberfall auf ein Reichsbannerlokal sind heute weitere fünf Nationalsozialisten, die daran beteiligt waren, festgenommen worden.

Die Trauerfeierlichkeiten in Sibyllenort.

× **Breslau**, 21. Februar.

Für den verstorbenen früheren König von Sachsen wurden heute vormittag in Sibyllenort ein katholischer und ein evangelischer Trauergottesdienst veranstaltet.

Nachmittags fand auf Schloß Sibyllenort eine Trauerfeier statt, an der außer den nächsten Verwandten Vertreter der Behörden und der Reichswehr, sowie die ehemalige deutsche Kronprinzessin teilnahmen. Nachdem der ehemalige Kronprinz Georg, der bekanntlich Jesuitenpater ist, die sterbliche Hülle seines Vaters gesegnet hatte, hielt Kardinal Bertram die Gedächtnisrede über das Wort: „Ich bin die Auferstehung und das Leben".

Gegen abend fuhren die nächsten Angehörigen des Verstorbenen nach Breslau, um sich von dort nach Dresden zur Beisetzungsfeier zu begeben. Die sterblichen Ueberreste des Königs werden in der Nacht zum Montag mit dem Kraftwagen nach Breslau und von dort in einem Sonderzug nach Dresden gebracht.

Der 200. Geburtstag Washingtons.

= **Washington**, 20. Februar.

Die Bundeshauptstadt rüstet sich zur würdigen Begehung des 200. Geburtstages Washingtons am 22. Februar. Die Feiern im ganzen Land erstrecken sich vom Sonntag, dem 21. Februar, bis zum Danksagungstag am 24. November. Die Hauptfeier findet in Washington am Montag statt, wo sowohl das Parlament unter Führung des Präsidenten Hoover, wie die Union aller amerikanischen Republiken unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stimson Festsitzungen abhalten. Im Kapitol, wo das Parlament in gemeinsamer Sitzung tagen wird, wird der in Breslau gebürtige 70jährige Wagnerdirigent Walter Dambrosch einen Chor von 10 000 Schulkindern dirigieren. Philipp Sousa wird den Taktstock bei den vereinigten Militärkapellen führen. Hoover wird eine längere Ansprache halten, darauf in Alexandria, in der Nähe der Bundeshauptstadt, wo Washington seinen Freundeskreis hatte, eine Truppenparade abnehmen. Sodann wird Präsident Hoover an der Spitze von etwa 25 000 Mitbürgern nach Mount Vernon pilgern, um am Grabe Washingtons einen Kranz niederzulegen. In Washingtons Landhaus in Mount Vernon findet sodann eine patriotische Feier statt. In dem aus dem 18. Jahrhundert stammenden Gebäude werden zum ersten Male Mikrophone angebracht werden, damit die ganze Nation an der Feier teilhaben kann.

Glückwünsche des Reichspräsidenten zur Washingtonfeier.

:: **Berlin**, 21. Februar.

Anläßlich des 200. Geburtstages von George Washington hat der Reichspräsident an den Präsidenten Hoover nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Zur Feier des 200. Geburtstages Ihres großen Nationalhelden gestattete ich mir, Ihnen, Herr Präsident, und der ganzen amerikanischen Nation zugleich im Namen der Reichsregierung und des deutschen Volkes die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. George Washington, der seinen Volksgenossen in Krieg und Frieden ein vorbildlicher Führer war, gehört zu den Unsterblichen der Weltgeschichte. Möchte dieses Jahr des Gedächtnisses an George Washington, dessen kraftvolle Hand das junge amerikanische Staatsschiff in schwerster Zeit sicher durch alle Klippen hindurchsteuerte, der Beginn einer Aera neuen wirtschaftlichen Aufstiegs für das amerikanische Volk und die ganze Welt werden.

Reichspräsident von Hindenburg."

75 Jahre Norddeutscher Lloyd.

× **Bremen**, 20. Februar.

Aus Anlaß des 75. Bestehens des Norddeutschen Lloyds versammelten sich heute vormittag die Mitglieder des Vorstandes, der gesamten Angestelltenschaft und zahlreiche frühere Mitarbeiter. In einer Ansprache wies Generaldirektor Glaessel darauf hin, daß der Lloyd sein Jubiläum unter schwierigen Verhältnissen feiere und diese Zusammenkunft als eine Gedenkfeier ernsteren Charakters aufzufassen sei. In seinen weiteren Ausführungen erinnerte er an den nach dem Kriege erfolgten Wiederaufbau des Norddeutschen Lloyd, der aus eigener Kraft vorgenommen worden sei. Auch in Zukunft werde man auf äußerste Sparsamkeit bedacht sein müssen. So, wie die Verhältnisse in der Schiffahrt heute lägen, müsse man an der Verwirklichung des Gedankens einer Gemeinschaft in vollster Ueberzeugung mitarbeiten, man müsse jedoch versuchen, eine Form dafür zu finden, die tragbar bleibe und gestatte, für das sachlich Richtige einzutreten, wie es im deutschen, aber auch im Interesse der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen notwendig erscheine. Der Redner schloß mit einem Appell an die Angestellten, trotz der schwierigen Lage zuversichtlich zu bleiben und sich nicht durch falsche Propheten irre machen zu lassen.

Zu dem Jubiläum waren zahlreiche Glückwunschtelegramme u. a. von Präsident Heineken, der verhindert war, an der Veranstaltung teilzunehmen, vom Bremer Senat, der Bremer Handelskammer und dem Hamburger Senat eingegangen.

Festnahme der größten deutschen Knackerkolonne.

¶ **Berlin**, 20. Februar.

Das Berliner Sonderdezernat für Geldschrankeinbrüche hat in Gemeinschaft mit dem Stettiner Präsidium nach mehrwöchiger Ermittlungsarbeit eine gefürchtete vierköpfige Knackerkolonne zur Strecke gebracht, die nach ihren Verbrechen auch als die größte deutsche Knackerkolonne anzusehen ist. Führer der Kolonne ist ein gewisser Schiering, der schon 14 Jahre Zuchthaus abgesessen hat. Die Kolonne stahl bei ihren Einbrüchen Autos und stellte sie in der Garage des Sch. unter. Dann unternahmen die Verbrecher ausgedehnte Reisen nach Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg, Hessen, Sachsen und ins Rheinland. Bei diesen Fahrten haben sie auf Bahnhöfen, in Ortskrankenkassen, Molkereien, Warenhäusern usw. die Kassenschränke geplündert.

Ende Januar waren zwei Landjäger des Kreises Grimmen mit der Chausseekontrolle beauftragt, als plötzlich ein Auto mit vier Mann heransauste. Die Landjäger hielten den Wagen an und forderten die Papiere. Die Insassen zogen sofort Pistolen, schossen und jagten davon. Die Beamten hatten auch ein Auto zur Verfügung und nahmen die Verfolgung der Flüchtenden auf. Dabei kam es zu einem schweren Feuergefecht, in dessen Verlauf der Wagen der Flüchtlinge vollkommen zerschossen wurde, sodaß sie ihn in der Nähe von Bad Süze im Stich lassen mußten. Die Flüchtenden entkamen in der Dunkelheit, wurden aber wenige Stunden später auf dem Bahnhof in Rostock festgenommen. Außer Schiering handelt es sich um einen Arbeiter Georg Müller, um einen gewissen Fritz Bülow und einen Handlungsgehilfen Gustav Müller aus Wandlitz. Die Verbrecher haben gestanden, seit dem Sommer 1931 20 Geldschrankeinbrüche ausgeführt zu haben. Sie hatten neben technisch bestem Handwerkszeug und schweren Pistolen auch Betäubungspatronen bei sich. Auf ihren Fahrten erbeuteten sie in Friedland, Köslin, Königsberg, beim Landbund in Waren, in Grevesmühlen, Parchim, Arnstadt, im Finanzamt Michelstadt, in Hessen usw. bedeutende Summen.

Furchtbare Familientragödie.

× **Berlin**, 21. Februar.

Eine furchtbare Familientragödie wurde gestern abend in Reinickendorf-Rosenthal entdeckt. Der 35 Jahre alte Gastwirt Wischke hat sich gemeinsam mit seiner um einige Jahre jüngeren Frau in seiner Wohnung mit Gas vergiftet und seine beiden Söhne, die 9 und 10 Jahre alt sind, mit in den Tod genommen. Als Nachbarn die Tat entdeckten und die Feuerwehr herbeiriefen, war es bereits zu spät. Die Wiederbelebungsversuche waren bei keinem der vier Familienmitglieder von Erfolg. Die Tat ist auf wirtschaftliche Not zurückzuführen. Die Gastwirtschaften in jener Gegend sind auf den Arbeiterbesuch angewiesen. Die vielen Fabriken, die in der Nähe liegen, hatten aber viele Arbeiter entlassen, und nur wenige konnten sich noch abends ein Glas Bier leisten. Wischke geriet infolgedessen in Schulden. Heute vormittag erschien der Gerichtsvollzieher, um zu pfänden. Er erhielt keinen Einlaß. Als in den Abendstunden die Fensterläden immer noch nicht geöffnet waren, ahnten die Nachbarn Schlimmes und riefen die Feuerwehr. Sie fand in den Betten das Ehepaar, die beiden Knaben zwischen sich. Der Gashahn war geöffnet.

Fünf Tote bei einer Explosion.

+ **Aussig**, 20. Februar.

In den städtischen Steinbrüchen ereignete sich heute vormittag eine schwere Explosion, durch die vier Arbeiter, unter ihnen der Schießmeister Hortig, getötet wurden. Der Verbandssekretär Werner und zwei Arbeiter erhielten schwere Verletzungen. Die Explosion hatte eine ungeheure Wucht; Fensterscheiben wurden eingedrückt und die Telephondrähte in der Umgebung zerrissen. Die Erhebungen ergaben, daß hier ein Racheakt des Schießmeisters vorlag. Als heute der Verbandssekretär Werner zur Untersuchung einer Verfehlung erschien, steckte der Schießmeister in selbstmörderischer Absicht und aus Rachsucht zehn Kilogramm Dynamon in Brand.

Von den Schwerverletzten ist im Laufe des Nachmittags der Sekretär des Steinarbeiterverbandes, Bruno Werner, gegen den der Anschlag gerichtet war, seinen Verletzungen erlegen.

*

Treibminen im Kleinen Belt.

•:• **Marstal**, 18. Febr. Von einem Fischerboot wurde gestern südwestlich von Marstal eine deutsche Mine aus dem Kriege aufgefischt, die nach hier eingebracht wurde. Eine von den Marinebehörden vorgenommene Untersuchung ergab, daß die Mine geladen war. Sie wurde auf einer kleinen unbewohnten Insel zur Explosion gebracht. Vor kurzem waren bereits drei deutsche Minen angetrieben, die nunmehr gleichfalls untersucht werden sollen.

Tod am Radiokopfhörer.

)(**Hamburg-Wilhelmsburg**, 18. Febr. Ein 50 Jahre alter Eisenbahnbeamter hatte sich gestern mit dem Kopfhörer niedergelegt und wollte, um das Licht abzuschalten, der Bequemlichkeit halber die Birne einer elektrischen Lampe einfach lockerschrauben. Hierbei muß er in den Lichtstromkreis geraten sein. Er wurde infolge des Erdschlusses sofort getötet.